

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003908/2026
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Alexandra Geese (Verts/ALE), Nicolae Ștefănuță (Verts/ALE), Sabine Verheyen (PPE), Lucia Yar (Renew), Dan Barna (Renew), Sandro Ruotolo (S&D), David Cormand (Verts/ALE), Kim Van Sparrentak (Verts/ALE), Jutta Paulus (Verts/ALE), Rudi Kennes (The Left), Elisabeth Grossmann (S&D), Benedetta Scuderi (Verts/ALE)

Betrifft: Folgefrage zu der Anfrage P-001840/2026 – Frist für die Durchsetzung in nach dem Gesetz über digitale Dienste wegen gefährlicher Werbung für Gesundheitsprodukte gegen Meta und Google angestregten Verfahren

Die Kommission bestätigte in ihrer Antwort auf die Anfrage mit Vorrang P-001840/2026¹, sie habe vorläufig festgestellt, dass Meta gegen seine Verpflichtung verstoßen hat, den Nutzerinnen und Nutzern einfache Mechanismen zur Meldung rechtswidriger Inhalte zur Verfügung zu stellen. Die Kommission teilte zudem mit, sie habe Auskunftsverlangen im Zusammenhang mit Betrug und betrügerischen Inhalten an Google Play und Google Search gerichtet.

Auch mehr als zwei Jahre nach der Einleitung des ersten Verfahrens wurde noch kein förmlicher Beschluss gefasst. Inzwischen werden nationale Gerichte wie das Landgericht Frankfurt am Main tätig und erlassen Urteile gegen Meta wegen betrügerischer Werbung. Da solche irreführende Werbung nach wie vor verbreitet wird, könnte ein systemisches Risiko für die öffentliche Gesundheit bestehen (Artikel 34 Absatz 1 des Gesetzes über digitale Dienste).

1. Wann wird das Verfahren gegen Meta nach Ansicht der Kommission voraussichtlich abgeschlossen, und welche konkreten Verfahrensschritte und welchen Zeitplan sieht sie vor, um die Risikominderung sicherzustellen (Artikel 35 des Gesetzes über digitale Dienste)?
2. Was ergab das an Google gerichtete Auskunftsverlangen, und beabsichtigt die Kommission, ein förmliches Verfahren einzuleiten?
3. Erwägt die Kommission einstweilige Maßnahmen (Artikel 70 des Gesetzes über digitale Dienste), um das Risiko schwerwiegender Schäden für die Bürgerinnen und Bürger in der EU infolge der ununterbrochenen Verbreitung irreführender Werbung für Gesundheitsprodukte einzudämmen?

Eingang: 29.9.2026

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/P-10-2026-001840-ASW_DE.html.